

## Zur Kontroverse zwischen Bofinger und Starbatty -Kommentar-

Karl Mai

23.3.2010

Im „Spiegel“ Nr. 12/2010 wurde eine Dialog-Kontroverse zwischen den beiden bekannten Wirtschaftswissenschaftlern *Peter Bofinger*, Mitglied des SVR, und *Joachim Starbatty*, Emeritus, abgedruckt, die an die Finanzkrise in Griechenland anknüpft, jedoch im Kern einen grundsätzlichen Schlagabtausch zur EWU anbietet. Was ist daran von generellem Interesse?

*Starbatty* beklagt die „wirkliche“ Instabilität des Euro-Raumes, der sich faktisch wirtschaftlich auseinanderentwickelt habe. Offenbar setzt er hierzu die Kenntnis der statistischen Fakten einfach voraus, obwohl diese das Ausmaß dieser „Instabilität“ erst sichtbar machen.<sup>1</sup>

*Bofinger* hält entlastend dagegen, dass die Inflationsrate niedriger sei als zu Bundesbankzeiten und das Haushaltsdefizit geringer sei als in den USA, Japan und Großbritannien. *Bofinger* übersieht hier, dass sein Argument eher nur für die Bundesrepublik zutreffend sein dürfte, aber keineswegs für die gesamten Länder des Euro-Raumes.

Daraus folgt, dass die Sichtweise von *Bofinger* die Feststellung von *Starbatty* gar nicht logisch-inhaltlich entkräften kann – seine Betrachtungsebene ist eine andere.

*Bofinger* hebt hervor, dass es dank der Einheitswährung Euro nun keine spekulativen Attacken gegen nationale Währungen im Euro-Raum mehr geben könne. Damit sei ein „zentraler Störfaktor“ ausgeschaltet. Hier hat er zwar recht, aber es geht ja nunmehr nicht um Attacken gegen eine nationale Einzelwährung, sondern um Spekulationen gegen *übermäßige* nationale Kreditaufnahmen aus dem Ausland (Schuldenstände) von Euro-Staaten.

*Bofinger* übergeht, dass sich damit die Zielrichtung der Finanzmarkt-Spekulationen schon partiell gewandelt hat, was keineswegs an sich *für* den Nutzen der Einheitswährung Euro spricht.

Im Gegenteil, die EU-Ausschlussklausel wegen Hilfeleistungen für hochverschuldete EU-Staaten hat buchstäblich diese neue Schlagrichtung von Spekulationen erst generiert.

*Starbatty* entgegnet daher prompt: „Genau das ist doch das Problem, Herr *Bofinger*“ und meint damit, dass Spekulationen gegen Währungskurse leichter durch Kursänderungen abzuweisen waren, was bei Spekulationen gegen hochverschuldete EWU-Staaten nicht mehr möglich wäre – zumal die Hilfeleistung durch die anderen EWU-Staaten quasi rechtlich „verboten“ sei.

*Starbatty* erklärt, die wegfallende Wechselkursanpassung innerhalb der EWU habe die inzwischen erreichte Differenzierung innerhalb der EU-Staaten mit ihrem „gefährlichen Ungleichgewicht“ verschuldet. Dies läuft vermutlich darauf hinaus, die hohe Verschuldung mehrerer EU-Staaten im Süden eher als eine verdeckte Folge der Einheitswährung Euro zu interpretieren.

*Starbatty* sieht im Gefolge der EWU - bei faktisch ungleicher Wirtschaftseffektivität - „künstliche Wettbewerbsvorteile“ für die BRD mit der Folge, dass „unsere Exportindustrie massive Überkapazitäten aufgebaut hat“.

*Bofinger* verschliesst sich dieser Logik und verweist auf die deutsche Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, die wegen einer vermuteten Gefahr „nicht wettbewerbsfähig“ zu sein „in seltsame Panik verfallen“ seien und einen höheren Binnen-Lohnanstieg verhinderten, dabei „viel zu einseitig auf den Export gesetzt“ haben. Dahinter schimmert der Standpunkt *Bofingers* durch, die deutsche Binnennachfrage durch höhere nominale Massenkauflkraft zu steigern.

*Starbatty* hält hier dagegen: „Die moderate deutsche Lohnpolitik hat den Standort wieder attraktiv gemacht.“ Dies ist zwar richtig, jedoch wird damit die binnenwirtschaftliche deutsche Ursache für die Ungleichgewichte in der EWU ausgeblendet. Die Klage wegen der nun fehlenden

---

<sup>1</sup> Vergl. Hierzu: *Joachim Jahnke*, Über den Zaun geblickt, Shaker media 2009. Jahnke zeigt in den statistischen Vergleichsdaten den international erheblichen Rückstand der Bundesrepublik in zahlreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kenndaten.

Wechselkursanpassung innerhalb der EWU erweist sich als losgelöst von der kausalen Wirkung der deutschen Lohnpolitik – seltsame Kurzsichtigkeit.

*Starbatty* will die Notbremse für die griechischen Finanzprobleme in anderer Richtung ziehen: „Die Griechen sollten freiwillig aus der Währungsunion austreten ...“ Ob dies dann der Auftakt zum Austritt auch anderer in Finanznot gelangender EWU-Staaten sein würde lässt *Starbatty* allerdings offen. Zumindest bewahrte dies dann die deutsche Exportindustrie vor dem Vorhalt, durch Lohndumping die anderen verbundenen Volkswirtschaften *nieder* zu konkurrieren. *Bofinger* weist diese Lösung entschieden zurück und verweist auf die Möglichkeiten in Griechenland, selbst die Sanierung der Staatsfinanzen zu vollziehen, z. B. durch die Steuerpolitik. Mit verhaltener Empörung weist er darauf hin „es kann ja nicht sein“, dass Griechenland mit Milliarden Staatsschulden die Banken rettet, um dann durch Bankspekulanten „zum Dank“ aus der Währungsunion „gekegelt“ zu werden.

*Starbatty* entgegnet trocken darauf, Schuld seien nicht die Spekulanten, sondern die „ökonomischen Realitäten“, die auseinanderklaffen. Wiederum sieht *Starbatty* nicht die hinter den „Realitäten“ die agierende deutsche Niedriglohn-Standortpolitik mit ihrer frappierenden Lohnzurückhaltung.

*Starbatty* akzeptiert zwar das Ausscheiden Griechenlands aus der EWU ohne mögliche weitere realökonomische Konsequenzen für den Euro-Raum zu beachten, fürchtet aber die angedachten EU-Hilfeleistungen auf dem Finanzsektor als „Fass ohne Boden“. Dabei ist noch keineswegs geklärt, in welcher Höhe hier die alternativen Finanzfolgen gegeneinander aufzupfehlen würden. Ob die griechischen Werktätigen mehr unter einer abgewerteten nationalen Eigenwährung zu leiden hätten oder an einem rabiaten, brutalen Sozialabbau bei fortbestehendem Euro steht m. E. noch dahin.

*Bofinger* ist dafür, „zu klaren Bedingungen“ Griechenland die notwendige „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gewähren. *Starbatty* warnt vor der entfesselten Inflationsgefahr im Euro-Raum.

*Bofinger* erklärt dagegen: „Staatsschulden führen nicht automatisch zu Inflation ...“ Und: „Die Europäische Zentralbank wird nie und nimmer auf die Idee kommen, die Schulden wegzuinflationieren.“ Hiermit entzieht *Bofinger* auch einigen anderen Ökonomen die Hoffnung, die in einer „moderaten Inflationsrate“ von ca. 2 % eine schmerzarme Problemlösung sehen.

Also werden die Staatsschulden, die ja national verschieden hoch sind, in den EWU-Ländern nicht EU-einheitlich „weginflationiert“, was von den meisten Ökonomen negiert würde, doch wären die zu tilgenden Lasten dann durch höhere Steuereinnahmen sowie alternativ durch Senkung der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen. *Starbatty* verweist auf die dann verminderten BIP-Wachstumsimpulse auf dem EWU-Binnenmarkt. *Bofinger* glaubt, wenn „die Menschen Inflationserwartungen hegen und deshalb *ihr Geld ausgeben*, wären die Fabriken endlich wieder ausgelastet, das wäre also auch kein Unglück“. Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen bloßen *Erwartungen* und einer prozessierenden Inflation mit ihrer Entwertung aller reinen Geldvermögen, was *Bofinger* hier übergeht. Ebenso ist der Effekt höherer nomineller Geldausgaben (aus Ersparnissen, Löhnen, Renten) durch die Preisinflation wieder annulliert.

Bleibt Griechenland in der EWU, so sieht *Starbatty* einen absehbaren Verfall von Euro und Währungsunion – lange könne es „wohl nicht dauern“.

Diametral scheinen die beiden Kontroversen auch zur fiskalischen Sparpolitik positioniert. Während *Starbatty* diese Sparpolitik mit der Begründung negiert oder abweist, dass die Staaten sich gerade „über alle Maßen“ verschulden und deshalb gar keine generelle Sparpolitik wirke, sieht *Bofinger* eher die Gefahr, dass durch das rigorose Sparen des Fiskus „zwangsläufig ein enormer Druck nach unten entstehen“ wird, der die Masseneinkommen reduziert. Leider bleibt damit noch unterbelichtet, *wie stark* sich die Belastungen der *niedrigen* Einkommensbezieher gerade aus den

Folgen der globalen Finanzkrise generieren.

Die Ratlosigkeit von beiden hochkarätigen Ökonomie-Experten tritt am Ende unverhüllt hervor, Keiner will „das Kind mit dem Bade ausschütten“ - daher bleibt die deutsche extreme Exportorientierung wohl eher unbenommen erhalten, und die Stärkung des Binnenmarktes in der BRD durch höhere reale Masseneinkommen bleibt ein leicht verharmloster bzw. vernebelter „Nebenkriegsschauplatz“ in der Ökonomie.

Für die *alternative* Wirtschaftspolitik bleibt die Erkenntnis, dass ein widerspruchsfreier Ausweg im Rahmen der gegenwärtigen EWU-Rahmenbedingungen aussichtslos ist und eine isolierte Lösung für die EWU-Finanzpolitik höchstens die Widersprüche verschärft bzw. die Probleme in die Zukunft verschiebt.